

## MNS-STELLUNGNAHME 04/2020

# Ja zu Schutz und Sicherheit!

*Konrad Alder, Militärpolitische Nachrichten Schweiz (MNS)*

**«Beim Schutz des Luftraums dürfen wir aber keine Einsparungen vornehmen. Diese Verantwortung könnte ich als Verteidigungsministerin nicht übernehmen.»**

*Bundesrätin Viola Amherd im Interview mit der SonntagsZeitung vom 3. Mai 2020*

**«Neue Kampfflugzeuge und eine neue bodengestützte Luftverteidigung sind eine langfristige Investition. Sie schützen die Schweiz und ihre Bevölkerung über 30 Jahre lang vor Angriffen aus der Luft.»**

*Divisionär Bernhard Müller, Kommandant Luftwaffe*

**«Mit der Sicherheit ist es wie mit der Gesundheit: Man schätzt sie erst, wenn sie einem genommen wird.»**

*Professor Claude Nicollier, Schweizer Astronaut und Pilot*

**«Die Luftwaffe ist nicht alles, aber ohne Luftwaffe wäre alles nichts!»**

*Botschafter Dr. phil. Christian Catrina, ehemaliger Delegierter des Bundesrates für die Erneuerung der Mittel zum Schutz unseres Luftraums*

### Verfassungsauftrag Luftverteidigung

Unser Land hat sich in seiner Bundesverfassung zur Verteidigung seines Staatsgebietes und seiner Bevölkerung sowie zur dauernden Neutralität verpflichtet. Dieser Entscheid schliesst den Schutz unseres Luftraums in allen Lagen mit ein.

### Technisch überholte Kampfflugzeugflotte

Um den letzteren Auftrag weiterhin erfüllen zu können, müssen wir unsere veraltete Flotte von Kampfflugzeugen und die bodengestützte Luftverteidigung ersetzen. (A)(B).

### Beschaffungskredit von Bundesrat und Parlament bewilligt!

Im Rahmen des Beschaffungsprogramms, genannt Air2030, beantragen Bundesrat und Parlament mit einer deutlichen Mehrheit die Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen einschliesslich Nutzlasten, Ersatzteilen, Simulatoren, Ausbildung und Infrastrukturanpassungen etc. im Gesamtbetrag von CHF 6 Mrd. finanziert mit Mitteln aus dem ordentlichen VBS-Budget (C). Weder die AHV, noch das Gesundheitswesen, noch die Bildung müssen deswegen – wie die ablehnende Linke unredlich behauptet - Abstriche in Kauf nehmen.

## **Ausserordentlich einem Referendum unterstellt!**

Da bereits die Vorlage für einen Tiger-Teilersatz 2014 ausserordentlich einem Referendum unterstellt wurde, wählte der Bundesrat nun auch für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge das gleiche Vorgehen. Wenig überraschend hat die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee, kurz GSoA, mit der Unterstützung von SP und Grüne Schweiz mit der Lancierung eines Referendums die Chance ergriffen, im Hinblick auf die von ihnen aus ideologischen Gründen anvisierte Armeeabschaffung unserem bereits seit geraumer Zeit unterfinanzierten Sicherheitsverbund für Schutz, Rettung und Verteidigung weiteren massiven Schaden zuzufügen **(Beilage 1 und Beilage 2 als Anhang zu diesem Mail)**.

Nun wurden die gesammelten Unterschriften mit einer Covid-19-bedingten Verzögerung zeitgerecht am 17. Juni 2020 bei der Bundeskanzlei eingereicht und die entsprechende Volksabstimmung wird gemäss Beschluss Bundesrat am kommenden 27. September 2020 stattfinden.

## **Bundespolitik delegiert ihre Verantwortung für die Sicherheit der Schweiz an ihr Volk!**

Bei dem vom Bundesrat gewählten Referendum-Prozedere muss der Wählerschaft eines voll bewusst sein. Nicht mehr Bundesrat und Parlament entscheiden abschliessend über die längst fällige Erneuerung und damit über das physische Überleben unserer Luftwaffe. Die alleinige Verantwortung für den Schutz und die Sicherheit unseres Luftraums liegt nun bei den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern.

**Selbst mit einem besorgten Blick auf die unvorhergesehenen, schuldenfinanzierten Hilfsprogramme des Bundes zur Stützung von Wirtschaft und Gesellschaft im Rahmen der aktuellen Covid-19-Pandemie kann die ausserordentliche Tragweite der nun anstehenden Urnen-Entscheidung nicht genug betont werden.**

Ohne ein Ja zum Planungsbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge verlieren wir unsere Luftwaffe und damit irreversibel unsere Fähigkeit zum Schutz und Verteidigung unserer Bevölkerung gegen alle Bedrohungen aus der Luft. Ein zeitgerechter späterer Wiederaufbau ist im Lichte seiner Komplexität und der dafür notwendigen Investition reines Wunschdenken **(D)**. Eine Ablehnung der Vorlage schränkt zusätzlich den Einsatz unserer Bodentruppen massiv ein, verunmöglicht ihn in Teilbereichen sogar vollständig und wird letztendlich – wie von SP, Grüne Schweiz und der GSoA aus ideologischen Gründen angestrebt - einen Totalverlust unserer Landesverteidigung zur Folge haben.

**Über die Auswirkungen einer solchen Entwicklung sollten sich alle Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Klaren sein. Denn sie werden bei einer Ablehnung der Beschaffungsvorlage, auch die möglichen folgenschweren Konsequenzen einer nicht mehr existierenden Luftwaffe zu tragen haben!**

## **Im Frieden und Zeiten erhöhter Spannungen**

Ohne ein neues Kampfflugzeug haben wir spätestens ab 2030 keine Möglichkeiten mehr, in einer normalen Lage den Luftpolizeidienst in einem der meistgenutzten und anspruchsvollsten Lufträume der Welt eigenständig sicherzustellen sowie Flugzeuge, die unsere Luftverkehrsregeln oder unsere Lufthoheit in schwerwiegender Weise verletzen **(E)**, zu sanktionieren. In Zeiten erhöhter Spannungen verkäme unser Land so rasch zum Spielball fremder Mächte, mit einem vollständigen Souveränitätsverlust und einer hohen Wahrscheinlichkeit, unkontrolliert und wider unserem Willen in kriegerische Handlungen verstrickt zu werden **(F)**.

## **Im Verteidigungsfall**

Auch wenn ein Verteidigungsfall von den Gegnern der Planungsbeschluss-Vorlage als ausgeschlossen bezeichnet wird, stellt er - basierend auf unserem Bundesverfassungs-Auftrag - die eigentliche Daseinsberechtigung für unsere Armee und Luftwaffe dar. Beide müssen für diesen „schlimmsten Fall“ - so sehr er auch von vielen in der Risikobeurteilung verdrängt wird - ausgerüstet und vorbereitet

sein. Auch die durch Covid-19 (G) ausgelöste weltweite Krise haben Sicherheitsexperten in Szenarien analysiert und Politik und Gesellschaft haben die unangenehmen Konsequenzen verdrängt. Ohne Luftwaffe unfähig zum Schutz unseres Luftraums, wäre unser Staatswesen, unsere Bevölkerung, deren überlebensnotwendige kritische Infrastruktur (H) sowie unsere Bodentruppen in einem Verteidigungsfall allen Bedrohungen aus der Luft schutzlos und mit verheerenden Konsequenzen (I) ausgeliefert. Einen bewaffneten Konflikt ohne eine glaubwürdige Luftverteidigung als Einsatzmittel der 1. Stunde und einzige strategische Reserve des Bundesrates würde die Schweiz bei der Dynamik und Agilität moderner militärischer Auseinandersetzungen in ihren so bewährten und geschätzten, heutigen Strukturen wohl kaum überleben (K).

Ein Verzicht auf die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeugs zerstört nicht nur unsere Luftwaffe und damit unsere Fähigkeit zur Verteidigung, sondern er sendet auch gegen Innen und dem Ausland ein nicht zu unterschätzendes, verheerendes Zeichen der Schwäche und Selbstaufgabe mit gravierend negativen Folgen für unser politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches Erfolgsmodell.

### **Vom Souverän zu beantworten: Die sicherheitspolitische Sinnfrage**

Mit dem nun im Herbst anstehenden Entscheid für eine zeitgemässe Luftverteidigung stellt sich für unser ganzes Volk die sicherheitspolitische Sinnfrage. Diese verlangt nach einer wohlbedachten Antwort auf die alles entscheidende Schlüsselfrage, ob wir mit einem Ja zu neuen Kampfflugzeugen an unserer bewährten bewaffneten Neutralität und Unabhängigkeit mit einem hohen persönlichen Freiheitsgrad und ausgeprägter Sicherheit festhalten oder bei einem von den Armeeabschaffern propagierten Nein unsere ganze Bevölkerung und Armee schutzlos allen Bedrohungen aus der Luft preisgeben wollen.

**Zukunft hat Herkunft! Vor etwas mehr als 100 Jahren, 1913, sammelt - nach einem Aufruf der schweizerischen Offiziersgesellschaft zu einer Nationalspende für die Schaffung einer Luftwaffe - eine weitsichtige Bevölkerung 1,7 Millionen Franken. Diese Summe ermöglicht 1916 die Beschaffung von 17 Flugzeugen, Reservemotoren sowie weiterem für den Flugbetrieb notwendigen Material.**

**Lassen wir uns beim Ausfüllen des Stimmzettels für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge nicht von der SP Schweiz, den Grünen Schweiz sowie der GSoA mit ihren partikularen Parteiinteressen, sondern von der staatstragenden Haltung und freiheitlichen Gesinnung unserer Vorfahren leiten.**

**Ja zu Schutz und Sicherheit auch in den kommenden 30 Jahren - Ja zur Armee - Ja zu neuen Kampfflugzeugen am 27.9.20**

**PS: Siehe dazu auch den Kurzvideo „Warum die Schweiz neue Kampfflugzeuge braucht“ abrufbar unter: [www.youtube.com/watch?v=RGq-lStEM\\_w&feature=youtu.be](https://www.youtube.com/watch?v=RGq-lStEM_w&feature=youtu.be)**

**Unterstützen auch Sie die überparteiliche Kampagne, indem Sie ein Flugblattversand in Ihrem Dorf sponsoren!**

**<https://www.flyer-ueberall.ch/sicherheit-ja/sponsoren-d/>**

**Beilage 1: „Militärausgaben 2019 gemessen am BIP“, Quelle: SIPRI 2020 (L)**

**Beilage 2: Anhang zu diesem Mail: «Ausgaben Bund nach Aufgabengebieten 2007-2019»**

**(A)** Unsere 30 F/A-18 Hornet (25 Ein- und 5 Doppelsitzer) als aktuell tragende Säule der Luftwaffe erreichen 2030, am technisch bedingten Ende ihrer Nutzung, ein Dienstalter von stolzen 33 Jahren (!)

**(B)** Wie verhalten sich in Fragen der Luftverteidigung mit der Schweiz vergleichbare europäische Staaten? Schweden, Norwegen, Dänemark, die Niederlande und Belgien erwerben für ihren Schutz und ihre Sicherheit zurzeit neue Kampfflugzeuge! Entsprechende Beschaffungsprogramme laufen auch in Grossbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Polen, Rumänien und Bulgarien. Für uns von besonderem Interesse ist das weit fortgeschrittene Auswahlverfahren für einen F/A-18-Ersatz in Finnland mit einem praktisch zeitgleichen Ablauf, wie wir ihn vorsehen (Typenentscheid 2021 und Ablösung F/A-18 im 2030). Bei näherer Betrachtung dieser Sachlage stellt sich einem doch unwillkürlich die mehr als berechtigte, zwingende Frage, weshalb all diese europäischen Staaten, die meisten davon Mitglieder des Verteidigungsbündnisses NATO oder neutral wie wir, auch grössere Investitionen in ihre Kampfflugzeugflotten tätigen?

**(C)** Die Gegner neuer Kampfflugzeuge versuchen mit Hilfe von strittigen Zahlen und unredlichen Behauptungen beim Stimmbürger Verwirrung und Unsicherheit zu schaffen. Die GSoA: „Der Planungsbeschluss ist ein 24-Milliarden-Blankoscheck! Der Kauf unnötiger Luxus-Kampffjets führt zu neuen Abbaupaketen bei der Bildung und der sozialen Sicherheit“, worauf die Sonntagszeitung titelt „Kampffjet-Budget droht zu explodieren - Die neuen Flieger könnten 30 Milliarden kosten - viel mehr als der Bund erwartet“. Mittlerweile wissen wir, dass das VBS, basierend auf 20 Jahren Erfahrungsdaten von seiner F/A-18-Flotte, mit Betriebskosten von CHF 12 Mrd. rechnet, was über eine NKF-Lebenszeit von 30 Jahren Gesamtkosten von CHF 18 Mrd. ergibt.

Fakt ist: Sowohl die NKF-Beschaffungskosten von CHF 6 Mrd. als auch die während der geplanten Nutzungsdauer von über 30 Jahren anfallenden jährlichen Betriebs- und Unterhaltskosten werden aus dem regulären, gesetzlich ungebundenen Armeebudget - das Jahr für Jahr vom Parlament genehmigt werden muss – bezahlt. Nirgendwo auf dieser Welt werden im Rahmen der Beschaffung von Investitionsgütern, wie z.B. einer Lokomotive für die SBB oder eines PKWs für den Privatgebrauch, die zukünftigen Betriebs- und Unterhaltskosten - die sich über die ganze Lebensdauer verteilen und damit beachtlich variieren können - zu den Beschaffungskosten aufaddiert. Dass man aber im Rahmen eines solchen in der Regel kapitalintensiven Kaufs versucht, sie aus Budgetgründen möglichst genau zu ermitteln, ist eine betriebswirtschaftliche Notwendigkeit und unternehmerischer Sorgfalt geschuldet.

Kommt hinzu, dass bereits heute für die Nutzung des überalterten F/A-18 jedes Jahr Betriebs- und Unterhaltskosten mit steigender Tendenz anfallen, die nach seiner Ausserdienststellung wegfallen, bzw. nun für die Finanzierung der Betriebs- und Unterhaltskosten des neuen Kampfflugzeugs verwendet werden können. Dieser gewichtige Kostenfaktor unterschlagen die linken Gegner eines neuen Kampfflugzeugs in ihren tendenziösen und fachlich fragwürdigen „Preisspekulationen“ vorsätzlich!

Auch beim Ersatz unserer veralteten F-5E- und F/A-18-Kampfflugzeuge gilt das gleiche, wie bei der Bekämpfung der aktuellen Covid-19-Pandemie: Es kommt unserem Land in einem sein gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben bedrohenden „Schadenfall“ extrem viel teurer, keine Versicherung zu haben, als regelmässig Prämien für einen entsprechenden Versicherungsschutz - im vorliegenden Fall für unsere Luftwaffe - zu zahlen!

**(D)** Damit einhergehend auch der Verlust wertvoller Ausbildungs- und Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung sowie die Gefahr, dass unsere Wirtschaft den Anschluss an zukunftssträchtige Hochtechnologien verliert.

**(E)** Z.B. bei einer unbewilligten Nutzung unseres Luftraums für Transportflüge im Transit in Konfliktgebiete und Aufklärungseinsätze.

**(F)** Aktuellstes Beispiel: Die Regierung des Libanon, der über keine nennenswerten Luftstreitkräfte verfügt, appelliert an westliche Staaten mit einem Sitz im UNO Sicherheitsrat dafür besorgt zu sein,

dass Israel den ungeschützten libanesischen Luftraum nicht mehr in unerlaubter Weise für seine Angriffs- und Aufklärungsoperationen gegen iranische und Hisbollah-Ziele in Syrien nutzt.

**(G)** Scheinbar stabile und ruhige Situationen können sich rasch ändern, dies hat uns die Covid-19-Pandemie exemplarisch vorgeführt. Krisen oder Katastrophen halten sich nicht an Lernbücher und politische Ideologien. Sie kommen unerwartet, plötzlich und oft mit aller Wucht. Für die Sicherheitspolitik der Schweiz bedeutet dies, dass wir eine breite Palette an Instrumenten benötigen. Bei Brand die Feuerwehr, bei Verkehrsunfällen die Polizei und die Blau-Licht-Organisationen, bei Naturkatastrophen der Bevölkerungsschutz sowie die Armee mit dem Auftrag das Land zu verteidigen. Covid-19 hat uns weiter gezeigt, dass unsere oft genannten Freunde, uns plötzlich alleine stehen lassen oder sogar unsere im Ausland in Auftrag gegebenen Schutzmasken an der Grenze willentlich aufhalten. Staaten verfolgen Interessen und die Eigeninteressen sind die Wichtigsten. Das war schon immer so.

**(H)** Z.B. Wichtige Brücken und Tunnels, Auto- und Eisenbahnknotenpunkte, Regierungsgebäude, UNO Hauptsitz Genf, AKWs, die Energie- und Wasserversorgung in grösseren Städten, Industriezentren, Kommunikationseinrichtungen, Flugplätze, Führungs- und Logistikzentren der Armee.

**(I)** Eine Analyse der Luftkriege der jüngeren Geschichte belegt eindrücklich, dass allein die Zerstörung von rund 250 unserer kritischen Infrastrukturzielen aus der Luft ausreichen würde, um Wirtschaft, Politik und Gesellschaft der Schweiz in wenigen Tagen mit praktisch weitgehend intakten Siedlungsbauten dauerhaft und vollständig lahm zu legen. Damit verbunden wären fehlende Energie, wie z.B. Strom, das Ausschalten unserer städtischen Wasserversorgung, anhaltend unterbrochene Verkehrswege und eine rasch versiegende Versorgung mit Dienstleistungen und Gütern des täglichen Bedarfs, um nur vier der damit verbundenen, katastrophalen Folgeerscheinungen anzusprechen.

**(K)** Selbstverständlich sind die sogenannten „neuen Gefahren“, wie z.B. Cyber-Warfare, Terroranschläge oder die aktuelle Coronaviren-Pandemie, sehr ernst zu nehmende und gefährliche Bedrohungen, die es mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen und abzuwehren gilt. Aber sie sind nicht an die Stelle einer konventionellen Kriegsführung, deren Existenz heute in armeefeindlichen Kreisen so vehement verneint wird, getreten, sondern haben lediglich deren Spektrum erweitert, u.a. mit einem nicht letalen Kräfteansatz unterhalb der Kriegsschwelle. Aber sowohl isolierte Cyber- und Terrorangriffe als auch eine Pandemie, so dramatisch ihre Folgen auch sein können, sind nicht in der Lage, einem Land wie der Schweiz seine freiheitliche Ordnung, Selbstbestimmung und Souveränität zu nehmen. Dies im diametralen Gegensatz zu einer herkömmlichen militärischen Bedrohung aus der Luft und durch Bodentruppen.

**(L)** Im SIPRI Factsheet „Trends in World Military Expenditure, 2019 vom April 2020 sind u.a. auch noch die folgenden Nationen aufgeführt: Russland: 3.9%, Indien: 2.4% und China: 1.9%

---

MILITÄRPOLITISCHE NACHRICHTEN SCHWEIZ (MNS)

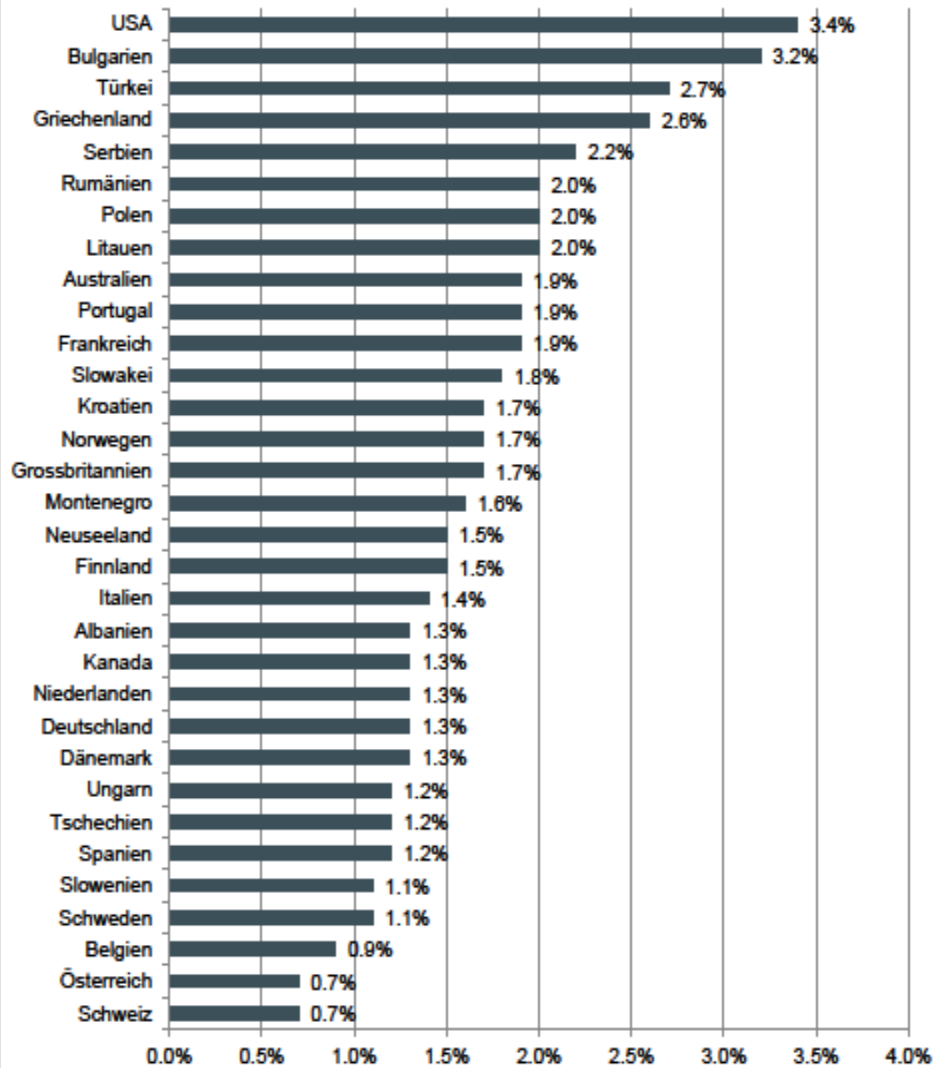
Konrad Alder

Hermann Hiltbrunner-Weg 1, 8713 Uerikon

0041 44 926 39 36 [konrad.alder@bluewin.ch](mailto:konrad.alder@bluewin.ch)

17.06.2020

## Militärausgaben 2019 gemessen am BIP



Quelle: SPIRI 2020